

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 33077.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Mittwoch, 19. Juni 1935

Nr. 142

## Konstituierung der beiden Kammern Ohne den geringsten Zwischenfall

Prag. Beide Häuser der Nationalversammlung trafen am Dienstag erstmalig zur konstituierenden Sitzung zusammen, die im Abgeordnetenhaus um die Mittagsstunde, im Senat am Nachmittag stattfand. Während die Eröffnung des vorhergehenden Parlamentes im Dezember 1929 den Kommunisten den Anlaß zu schweren Radaussetzen geboten hatte, fand diesmal die Konstituierung in beiden Häusern ganz glatt und in aller Ruhe statt. Raum daß die Kommunisten im Abgeordnetenhaus in ein paar matten Zwischenrufen dagegen protestierten, daß Štěrka in Untersuchungshaft sitzt und Kopecký und Gottwald sich vor dem Zugriff der Behörden in ihrer Strafsache versteckt halten müssen.

Das tschechische Publikum, das die Parlaments-Tribüne füllte, hatte sich offenbar von dem ersten Auftreten der Henleinleute eine besondere Attraktion versprochen und war enttäuscht, als die ganze Fraktion sich stiller und gefitteter als ein Mädchenpensionat verhielt, an das überdies schon der paarweise Einzug in den Saal lebhaft erinnerte. Es ist aber klar, daß die Herren jetzt alles andere als den wilden Mann spielen dürfen: Sie müssen ja unter allen Umständen die tschechische Rechte zu überzeugen versuchen, daß sie einen famosen Partner für einen halb- oder ganz faschistischen Bürgerblock abgeben würden. Deshalb taten die 44 Henleinleute ein Hebriges und gaben sogar ihre Stimmen für den agrarischen Parlamentspräsidenten Bradáč ab, während sie natürlich im Senat bei der Wahl des Margisten Dr. Soukup Leere Stimmzettel abgaben.

Diese neueste Visitenkarte dürfte wohl kaum mehr Erfolg haben als früher Telegramme, denn erstliche Duzend Parlamentier aus durchsichtigen Gründen zeitweilig zu strengster Disziplin zu verhalten, ist ja kein Kunststück. West-Geistes Kind aber in Wirklichkeit die faschisierte Anhängerschaft draußen in den Grenzgebieten ist, davon erhält die tschechische Öffentlichkeit täglich immer neue und zu offenkundige Beweise, als daß der Augenauswischerei im Parlament ein Erfolg beschieden sein könnte!

## Die Regierungserklärung

Die Regierungserklärung, die wir an anderer Stelle kommentieren, enthält in dieser Richtung ziemlich eindeutige Winke. In politischer Hinsicht wird darin gesagt:

Die Wahlen in beide Häuser unserer Nationalversammlung bilden den Beweis dafür, daß die demokratischen Grundlagen unserer Republik gut und unerschütterlich sind. In Zeiten einer so schweren wirtschaftlichen Notlage und unter internationalen Verhältnissen, welche politisch und wirtschaftlich ernste Besorgnisse nachgerufen haben, hat die Bevölkerung der Republik im ganzen den disziplinierten Willen und die Entschlossenheit bewiesen, auf dem Systeme der Mitarbeit der verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und nationalen Gruppen zu beharren. Wir können mit Stolz darauf hinweisen, daß dies bei Wahrung der vollen bürgerlichen Freiheiten geschehen ist, und wir können daher mit Recht erwarten, daß alle, denen dieser Staat das volle Maß der bürgerlichen Rechte belassen hat, jederzeit ihrer Pflichten dem Staate und der Demokratie gegenüber bedacht sein werden.

In einer parlamentarischen Demokratie, welche die Tschechoslowakische Republik darstellt und bleiben wird, gab es und wird es die Möglichkeit einer Opposition gegen eine Mehrheit und gegen die Regierung geben. Kann es aber keine Opposition gegen den Staat geben. Wenn immer diese Tatsache in einer anderen Weise verstanden sollte, dürfte er sich darüber nicht wundern, daß dementsprechend gegen ihn vorgegangen würde. (Starker Beifall.)

Die Wahlen haben nur in den deutschen politischen Parteien wesentliche Veränderungen herbeigeführt und sie haben dadurch der ehemaligen Majorität einen Verlust von 17 Stimmen verursacht, während dieser Verlust bei den tschechoslowakischen Parteien nur 8 Stimmen beträgt. Man kann daher mit Recht darauf hinweisen, daß die große Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes sich für die bisherigen koalitierten Parteien ausgesprochen hat, welche bereits bei Ausschreibung der Wahlen deutlich erklärt haben, daß sie es auch in Zukunft als ihre Pflicht erachten, in der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates mit allen zusammenzuarbeiten, welche sich hierzu loyal anschließen wollen. Durch den Eintritt der tschechoslowakischen Gewerkschaften in die Regierung ist

hiesu der erste und — wie wir glauben — nicht der letzte Schritt gemacht worden.

Das Verbleiben der deutschen sozialdemokratischen Partei und der deutschen Landwirte in der Regierungsmehrheit und in der Regierung ist der Beweis für die überlegte Politik, welche auf die Tatsache gestützt ist, daß sie sich um die Interessen ihres Volkes ehrlich gekümmert haben und daß sie sich um diese Interessen im weitesten Maße auch in Zukunft annehmen wollen.

Es kann ihnen nicht zum Vorwurfe gemacht werden, daß sie nicht die Mehrheit der deutschen Bevölkerung vertreten, denn dies war auch vor den heutigen Wahlen nicht der Fall, was übrigens diese Parteien niemals von sich behauptet haben. Sie können mit Recht auch nicht einer Vernachlässigung der nationalen Interessen ihres Volkes beschuldigt werden, welche Interessen in unserer Gesetzgebung auf Grund der geltenden Gesetze und Bestimmungen in der gleichen Weise für die gesamte Bevölkerung der Republik geregelt und geschützt sind.

Das tschechoslowakische Volk ist hiesu durch das eingeleitete Gefühl für Recht und Gerechtigkeit und durch bittere eigene Erfahrungen nach Verlust der eigenen Unabhängigkeit geleitet worden. Trotzdem hat es nach seiner Befreiung nicht an die Widerwärtigkeiten gedacht, unter denen es zu leiden hatte, und hat allen Bürgern auf dem Gebiete seines Staates volle bürgerliche Gleichheit in der Hoffnung zugesichert, daß sie in diesem Staate nicht nur in bezug auf ihre Rechte, sondern auch in bezug auf ihre Pflichten gleich sein werden.

Es ist daher selbstverständliche Pflicht der Regierung, die Erfüllung aller Gesetze in diesem Sinne sicherzustellen, und die Regierung hat vor allem in kulturellen Fällen ihr Augenmerk darauf gerichtet und hat bei berechtigten Beschwerden Abhilfe geschaffen.

Die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse hat unsere Erwartungen in bedeutendem Maße bestätigt und wird sie auch in Zukunft in einem um so größeren Ausmaße bestätigen. Je tiefer das Verständnis für die durch die Geschichte motivierte

Notwendigkeit des gemeinsamen Lebens in einem gemeinsamen und selbständigen Staate eindringen wird.

Die schweren Wirtschaftsverhältnisse, welche wir ebenso wie nahezu alle anderen Staaten der Welt durchmachen, und namentlich ihre lokalen Wirkungen, bieten jedoch Gelegenheiten dazu, daß das Fortschreiten dieser Entwicklung durch Vorbereitung der Unzufriedenheit und durch Ueberwälzung der Verantwortlichkeit für die lange Krisendauer auf den Mangel an gutem Willen und den Mangel an Fürsorge der Regierung aufgehalten werde. So ist in den Grenzgebieten der Republik die außerordentlich große Arbeitslosigkeit, welche durch das Sinken des Absatzes und damit auch der Produktion in der dort konzentrierten und zum großen Teil auf den Export angewiesenen Industrie herbeigeführt wurde, zur Verbreitung der These über die Notwendigkeit einer vollständigen nationalen Einheit als dem einzigen Mittel zur Erreichung undenklich und uneinheitlich ausgesprochenen und offenbar durch Ideen, welche mit den demokratischen Grundlagen unseres Staates nicht im Einklange stehen, beeinflusster Ziele benutzt worden.

In den Reihen des tschechoslowakischen Volkes ist ein ähnlicher Versuch unternommen worden, der vor allem auf den tschechischen Volksteil konzentriert ist, während in der Slowakei unter dem allgemeinen und damit auch verlockenden Schlagworte der Autonomie an Stelle der tschechoslowakischen nationalen Einheit die Entfremdung vertieft worden ist.

Diesen Erscheinungen unseres innerpolitischen Lebens muß besonders eine sorgfältige Aufmerksamkeit gewidmet werden und man muß eine systematische Verbesserung der Verhältnisse anstreben, welche bei voller politischer Freiheit zur Verbreitung politischer Bewegungen gebraucht oder auch mißbraucht werden könnten, die im Verlaufe der weiteren Entwicklung den Staat und namentlich seine verfassungsmäßige Einheit sowie republikanisch-demokratische Form schädigen könnten. Alle Bestrebungen oder Handlungen in dieser Richtung wird die Regierung unmöglich machen und mit allen gesetzlichen Mitteln verfolgen.

### Die slowakische Frage

Die Regierungserklärung befaßt sich dann mit der slowakischen Frage. Es werden wirtschaftliche Maßnahmen, aber auch Beschleunigung der Amtszierung, Deszentralisierung der Verwaltung nach praktischen Gesichtspunkten, allerdings auf der Grundlage der geltenden Gesetze, und die Errichtung gewisser Hilfsorgane der Landesverwaltung wie Landesökonomrat, Landeskulturrat und Gewerberat, im selben Rahmen wie in den historischen Ländern in Aussicht gestellt.

### Außenpolitik unverändert

Die bisherigen Richtlinien der Außenpolitik bleiben unverändert. Den Pfeiler dieses Rahmens bilden noch wie vor unsere bundesgenössischen Beziehungen zu Frankreich und den Staaten der Kleinen Entente, die durch nicht erschütterter auch für die Zukunft dieser Pfeiler bleiben werden.

Gingewiesen wird ferner auf die Zusammenarbeit mit der Balkanentente und die Annäherung an die Sowjetunion. Erhofft wird ein definitives freundschaftliches Verhältnis zu Polen und ein gutes, auf dauerndem Frieden und dauernder Zusammenarbeit basierendes Verhältnis zu unserem größten Nachbarn Deutschland, ein wirklich freundschaftliches und dauerndes Verhältnis zu der Republik Oesterreich; ebenso werden gute Beziehungen zu Ungarn angestrebt. Durch eine päpstliche Bulle wird demnächst die Durchfüh-

(Fortsetzung auf Seite 2).

## Zur Mitarbeit bereit Die deutsche Sozialdemokratie und die Regierungserklärung

In der Regierungserklärung, die der Ministerpräsident im Parlament abgegeben hat, ist — und das mit Recht und Recht — der größte Raum den schicksalsschweren Fragen der Wirtschaft gewidmet.

Was die Ursachen der Krise der Weltwirtschaft betrifft, haben wir nicht dieselben Auffassungen wie der Ministerpräsident, der ein Angehöriger einer bürgerlichen Partei ist und die Verschärfungen des Weltkapitalismus nicht so unbarmherzig kritisiert, wie es ein Sozialist an seiner Stelle tun müßte. Eine rein sozialistische Regierung würde aus der Erkenntnis der kapitalistischen Ursachen der Weltkrise, des Weltelends und der Weltarbeitslosigkeit heraus systematischer und großzügiger den Kampf gegen die Krise und um die Umgestaltung und den planmäßigen Umbau der Wirtschaft führen und die Massen der Bevölkerung für einen Krieg gegen die Arbeitslosigkeit auf der ganzen Front entflammen. Die Einzelmaßnahmen, welche der Regierungschef als Mittel der Wiederbelebung der Wirtschaft vorschlägt, nutzen uns zwar nützlich an, aber — und das soll zugegeben werden — es sind manche Forderungen der Sozialdemokratie darunter und diese Maßnahmen werden, wenn sie zielbewußt und rasch durchgeführt werden, eine Erleichterung der schweren Lage der arbeitenden Massen bringen. In der Regierungserklärung wird auch mit Recht betont, daß es sich um zweierlei handelt: um die Hebung des Exports und um Maßnahmen der inneren Wirtschaftspolitik. Der Hinweis des Ministerpräsidenten auf die Möglichkeiten der Ausführung nach den entfernteren, nicht durch Devisenbestimmungen für uns abgesperrten Märkte ist eine Aufforderung an die industriellen Unternehmer, sich von ihrem Haubt zu erheben, nicht in den alten Spuren einer Exportpolitik zu wandeln, die sich ausländischer Vermittler bedient, sondern selbst neue Absatzmärkte zu gewinnen. Die Devaluation hat unsere Waren in der Welt konkurrenzfähig gemacht, an der Privatindustrie ist es gelegen, die ihr gegebene Chance zu nützen.

Freilich haben wir nicht nur ein Exportproblem, sondern auch ein solches des inneren Marktes und da weist die Regierungserklärung noch deutlicher den Einfluß sozialistischer Mitarbeit auf. Auch der bürgerliche Teil der Koalition muß zugeben, daß es einer planmäßigen Organisation unserer inneren Wirtschaft bedarf, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, wo das Getreidemonopol ein bedeutungsvoller Anfang ist, sondern auch in der Industrie, wo die Syndizierung (d. h. eine Art Zwangsartikellierung unter Staatsaufsicht) einzelner Produktionszweige in Aussicht gestellt wird. Daß in der Innenwirtschaft kein Verlaß auf die private Initiative der Unternehmer ist, stellt auch jene Stelle der Regierungserklärung fest, wo von der Notwendigkeit öffentlicher Arbeiten die Rede ist. Auch den die Arbeiterschaft besonders interessierenden Fragen einer Verkürzung der Arbeitszeit, der Organisation der Arbeitsvermittlung, der Arbeitsbeschaffung, für die Jugend verpflichtenden Erklärung Rechnung getragen. Was schließlich die deutschen Arbeiter des Landes und alle arbeitenden Schichten des Sudetendeutschlands am meisten interessiert, ist die Feststellung der besondern Bedürftigkeit der Grenzgebiete des Landes durch den verantwortlichen Träger der Regierungspolitik. Diese Erkenntnis bedeutet für die Gesamtregierung und für die Verwaltung, ja für den Staat selbst, eine Verpflichtung, auf die sich die deutsche Sozialdemokratie in den nächsten Monaten berufen wird. In dieser Hinsicht gilt es besonders, daß die Regierung nunmehr handeln und der schwergeprüften deutschen Industriebevölkerung Hilfe bringen muß.

Der Ministerpräsident hat auch richtig erkannt, daß die sudetendeutsche Wirtschaftskrise eine der Ursachen der Verschärfung ist, welche im deutschen Lager eingetreten ist. Er weiß, was die neue Bewegung für den Charakter des tschecho-

# Die Regierungserklärung

(Fortsetzung von Seite 1)

slowakischen Staates als eines demokratischen bedeutet und er ist in seiner Parlamentsrede ein Stück weitergegangen als in dem Interview, das er am Sonntag einem französischen Journalisten gegeben hat. Während er dem Franzosen gegenüber bemerkte, daß die Kleinleute sich hart am Rande der Verfassung bewegen, lehnt die Regierungserklärung eindeutig den nationalen Totalitätsanspruch der Sudeten-deutschen Partei ab und beschuldigt diese, daß sie von Ideen beherrscht sei, welche sich mit den demokratischen Grundlagen unseres Staates nicht vertragen. Auch hier gilt es, nicht nur erkennen, sondern auch handeln.

Der Ministerpräsident befaßt sich in diesem Zusammenhang auch mit unserer Partei selbst, er klagt, warum wir auch der gegenwärtigen Regierung angehören und sagt dabei, daß die beiden deutschen Regierungsparteien gewiß nicht die Mehrheit der sudeten-deutschen Bevölkerung vertreten, allerdings dies auch niemals behauptet haben. Die deutsche Sozialdemokratie vertritt in der Regierung die Interessen der gedrückten, von der Krise gepeinigten sudeten-deutschen Arbeitenden, sozial auch solcher, die in Unkenntnis ihrer wahren Interessen ihrem Klassenfeinde, dem Sudetofaschismus, die Stimme gegeben haben. Die faschistischen Bewegungen sind ja überhaupt nur dadurch möglich, daß das Bürgertum einen Teil des Proletariats und fast das gesamte Kleinbürgertum vor seinen Augen zu spannen weiß und erst, wenn die irreführenden Rassen- und bürgerlich-kapitalistischen Charakter der faschistischen Reaktion durchschauen werden, werden sie erkennen, daß ihr Platz an der Seite des Sozialismus ist. Frei von der Psychose des 19. und 20. Mai werden wir die Lebensinteressen des so schwer heimgegriffenen sudeten-deutschen Volkes vertreten, in der Heberzeugung, daß wir ernten werden, was wir sät unserm Eintritt in die Regierung gesät.

Freilich — wie alle, die wir als Sozialisten hembt sind, positiv an den parlamentarischen und Regierungsarbeiten mitzuwirken, immer wieder die Forderungen, welche die arbeitende Klasse an eine bessere Gegenwart hat, mit Nichtigkeit, Ausdauer und stilllichem Ernst durchzusetzen, den bürgerlichen Koalitionspartnern in nie aufhörendem Kampfe alles abzurufen und abzutragen versuchen, wissen, daß wir nicht auf einer einsamen Insel leben. Wir sind ein Stück nicht nur der kapitalistischen Weltwirtschaft, sondern auch des politischen, mit Spannungen erfüllten Europa. Wir leben im Zentrum Europas, im Wirbelsturm und müssen unser Dach schützen. Wir wollen den Frieden und unsere Demokratie erhalten. Was da der Ministerpräsident über die außenpolitischen Probleme sagte, findet unsere Zustimmung. Gerade deswegen rufen wir unseren Koalitionspartnern zu: Die deutschen sozialistischen Arbeiter wollen Euch helfen, die Demokratie zu schützen. Darum müßt Ihr die deutschen Menschen am Leben erhalten und sie nicht der Verarmung in die Arme treiben. Die sudeten-deutschen Arbeiter haben Euer Wort gehört — nun gilt es zu handeln. Wir wollen loyal mit Euch zusammenarbeiten zum Wohle der arbeitenden Menschen dieses Landes und dieser demokratischen Republik!

## Von der Arbeitskonferenz

Genf. (Tsch. F. B.) Die Internationale Arbeitskonferenz hat das vorläufige Projekt einer Konvention angenommen, durch welche die Arbeit von Frauen in Gewerben eingeschränkt werden soll.

zung des modus vivendi eingeleitet und die Grenzen der Disziplin in Uebereinstimmung mit der Staatsgrenze gebracht werden.

Unsere Politik ist eine Politik des Friedens und wird eine Politik des Friedens bleiben. Wir hoffen fest auf die Erhaltung des europäischen Friedens, dürfen aber trotzdem nicht für unsere staatliche Sicherheit übersehen.

## Export — eine Lebensfrage

Eine sehr ausführliche Betrachtung widmet die Regierungserklärung den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf unser Wirtschaftsleben. Der Export bleibt für die Tschechoslowakei auch weiterhin eine Lebensfrage. Die Ausfuhr nach Ländern, wo unsere Forderungen einziehen, wird erzwungenermaßen verringert; der Export muß sich dafür neue Wege auf freie, praktisch erreichbare Märkte suchen. Diese Tendenz ist aus den Kufenhandelsziffern unternehmbar und es liegt darin der Keim für eine gefündere Entwicklung in der Zukunft.

Wohin auch heute noch der Erhöhung der Ausfuhr zahlreich Hindernisse aller Art in den Weg gestellt werden, so müssen doch alle unsere Bestrebungen dahin gerichtet sein, eine wirtschaftliche Verbesserung namentlich im Exportabschnitt unserer Produktion zu erzielen.

## Das Arbeitslosenproblem

Durch Belebung des Wirtschaftslebens können wir nach und nach eine Bänderung der größten und drückendsten Folgen der Krise erzielen, wozu vor allem die Arbeitslosigkeit und die Verelendung gehören. Daß die Arbeitslosenfrage heuer größer ist als im Vorjahr, liegt nicht am weiteren Rückgang des wirtschaftlichen Lebens, sondern an der geringeren Zahl der Bewerber um Arbeit, die u. a. auf die höhere zahlenmäßige Stärke der jungen Nachkriegsjahrgänge, auf die Verringerung der Auswanderung etc. zurückzuführen ist. Auch die Vermehrung des Nebes der Arbeitsvermittlungsmittel führt dazu, daß die Zahl der sich um Arbeit Bekämpfenden rein technisch größer wird. Die Arbeitslosigkeit ist aber auch in anderen Staaten noch gelteig.

Um die schwere Last der Arbeitslosigkeit eherend zu mildern, ist eine gründliche Erhebung nicht nur der Arbeitswerber, sondern namentlich derjenigen Personen erforderlich, welche eine Arbeit deshalb brauchen, weil sie das einzige Mittel ihres Lebensunterhaltes bilden. Es ist dies deswegen notwendig, damit gegebene Arbeitsstellen zweckmäßig auf einen größeren Kreis von Arbeitnehmern aufgestellt werden könne und das Arbeitsband vom Standpunkt der Bedürftigkeit reguliert werde. Dazu ist eine angemessene Kärzung und Regelung der Arbeitszeit sowie eine Arbeitsvermittlung erforderlich.

Die Möglichkeit einer Erhöhung der Arbeitsbelegung beruht vor allem auf einer Erhöhung der Unternehmertätigkeit in der Privatwirtschaft, die jedoch vom Staate und den öffentlichen Verbänden durch eine Investitionstätigkeit und mit Hilfe einer produktiven Fürsorge ergänzt werden muß.

Für die Gewinnung einer größeren Zahl von Arbeitsstellen ist es notwendig, daß die Heberalterten und die pensionenmäßig Sichergestellten

auch in Privaddiensten durch jüngere Kräfte ersetzt werden. Auch Ausländer können, sofern es nicht aus besonderen Gründen notwendig ist, den heimischen Arbeitnehmern nicht dauernd die Stellen entziehen.

Für die wachsende Zahl junger Arbeitswerber werden — sofern sie keine Arbeit finden — besondere Maßnahmen erforderlich sein.

Von denjenigen Produktionszweigen, in denen eine dauernde Arbeitslosigkeit infolge der Rationalisierung etc. bleibt, wird durch innere Reorganisation denjenigen eine Existenz verschafft werden müssen, die für sie geeignet wären.

## Sonderaktion für die deutschen Elendsgebiete

Eine selbstverständliche und bringende Fürsorge um die Arbeitslosen erfordern die Verhältnisse in jenen Gegenden, in denen die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig am größten und am längsten ist. So muß namentlich im Grenzgebiete eine Arbeitsmöglichkeit, sei es durch Erhöhung der privaten, sei es durch Erhöhung der öffentlichen Unternehmertätigkeit gefunden und, solange es nicht geschehen könnte, eine besondere Unterstützungsaktion zur Bänderung der Not durchgeführt werden.

## Konsumsteigerung

Für die Gesamtsteigerung der Unternehmertätigkeit muß für eine Erhöhung des Verbrauches im Inland und für die Ausdehnung der Ausfuhr Möglichkeiten gesorgt werden. Für die Förderung der Ausfuhr und namentlich seine Konkurrenzfähigkeit muß sowohl durch die Exporteure selbst, als auch durch geeignete Maßnahmen des Staates Sorge getragen werden.

## Entschuldung

Eine dauernde Erhöhung des Verbrauches im Inland hängt im wesentlichen Maße von der gegenseitig ausgeglichenen Rentabilität der Unternehmertätigkeit, gleichgültig, ob auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der Industrie oder des Gewerbes, und von der ihr angemessenen Höhe der Einnahmen und Verdienste der entweder im privaten Wirtschaftsleben oder in öffentlichen Diensten tätigen Personen ab. Ein Rückgang unter dieses Niveau wäre volkswirtschaftlich schädlich und ungerecht. Auch eine unbegründete Verteuerung wie immer gearteter Lebensbedürfnisse kann nicht zugelassen werden.

In der Unternehmertätigkeit aller Art müssen vor allem gewisse Belastungen der Produktion gemildert werden, so die Schuldenbelastung. Ein typisches Zeichen dessen sei in allen Staaten eine ungewöhnliche Verschuldung der Landwirtschaft, zu deren Bänderung — abgesehen von der Notwendigkeit einer allgemeinen Verabfolgung der Schuldlinien — wegen der besonderen Natur der landwirtschaftlichen und überhaupt der hypothekarischen Verschuldung und Heberschuldung eine besondere Regelung notwendig sein werde.

Dabei bleibt es über allen Zweifel sicher, daß die Beschaffung eines billigen Produktionskredits und die Begünstigungen alter Schuldner die

absolute Sicherheit der Einleger nicht berühren können und nicht berühren dürfen.

## Gerechtere Steuerverteilung

Eine Herabsetzung der Steuerbelastung wird im Hinblick auf die wachsenden Ausgaben für die Veranschaulichung der Staatsschuld und für die außerordentlichen Investitions- und Ausgabenausgaben in hinreichendem Maße derzeit nicht möglich sein, doch soll durch eine sorgfältig begründete Änderung des Steuerrechts (Stabilisierungsbilanz und besondere Erwerbsteuer) eine bessere und gerechtere Verteilung der Steuerlast erzielt werden.

Die angemessene Rentabilität des Unternehmertums soll durch Regulierung der Erzeugung und des Güterumlaufs angestrebt werden, und zwar im Sinne der letzten Regierungserklärung durch Selbstverwaltung der Erzeugung und Distribution unter wirksamer Aufsicht des Staates.

Dem gewerblichen Unternehmertum wird Schutz gegen die Gefahren seitens der „unverhältnismäßig wachsenden“ Großbetriebe und ihrer Zweig- und Hilfsbetriebe in Aussicht gestellt. Der überspannte Konkurrenzkampf in einzelnen Industriezweigen soll durch Subtilisierung dieser oder jener Branchen behoben werden. Auch den Kartellen soll erhöhtes Interesse gewidmet und ihre schädigenden Auswirkungen beseitigt werden. Dort, wo die autonome Organisation der Produktion und Distribution wegen der zu großen Zahl der Einzelunternehmer undurchführbar ist, wird man zu Zwangsorganisationen wie z. B. dem Getreidemonopol greifen müssen. Ähnliche Maßnahmen sind für die tierische Produktion geplant.

Es sei ferner nicht notwendig besonders zu betonen, daß die Regierung für die kulturellen Bedürfnisse nach Möglichkeit und auf das zweckmäßigste Sorge tragen wird.

## Der neue Voranschlag

Was endlich den neuen Staatsboranschlag betrifft, so könne er nicht deflationistisch sein als der letzte es war, er dürfe aber auch nicht inflationistisch sein; vor allem müsse er im Gleichgewicht erhalten werden. In seinem Rahmen wird die Regierung versuchen, weitere Erleichterungen bei den Gehaltsabgaben der staatlichen und öffentlichen Angestellten zu erreichen.

## Im Rudolfinum

Der Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses bot ein ansehnliches Bild: Die Logen für die Diplomaten und Senatoren gut besetzt, die Journalisten und die Publikumsгалerien überfüllt. Eintrittskarten waren schon seit langem bergab und selbst mit größter Protektion heute kaum mehr aufzutreiben.

Die Eröffnung der Sitzung durch Ralspitz vollzieht sich in völliger Ruhe. Zunächst wird die Angelobung der Abgeordneten vorgenommen. Die Gelöbnisformel:

„Ich gelobe, daß ich der Tschechoslowakischen Republik treu sein und die Gesetze einhalten und mein Mandat nach meinem besten Wissen und Gewissen ausüben werde.“

wird tschechisch und slowakisch und sodann in den Kinderheilsprachen (deutsch, kleinrussisch, ungarisch und polnisch) vorgelesen. Die einzelnen Abgeordneten treten nun nach ihrer Eihordnung im Saal, auf der äußersten Rechten bei den Tschechischsprachigen mit Srámel beghnend

## Das vierzehnte Kapitel

berichtet, wie Herd Weinsteller an die Erfüllung seines Vorhabens ging, die Eisenbahn ihm einen Stroh durch die Rechnung machte, wie aber schließlich wurde, daß er einen mächtigen Beschützer im Himmel habe.

Es war Morgen. Weinsteller verkostete die Sonne der Freiheit und schlief fest in seinem gemauerten Sommergewand, einer alten Schwimmbad. Da stürzte der älteste Kadett Karl in die Stube. Anstehend wie ein Hund, äußerte er seine große Freude über die Rückkehr seines Meisters.

„Du meine größte Sünde“, begrüßte ihn Weinsteller, „was willst du von mir in aller Ruhe?“ Dabei rieb er sich den Schlaf aus den Augen.

„Ich habe so eine Nordstunde. Herr Weinsteller, Sie haben mir so gefehlt. Ich und die andern Duden, wir hatten suchbare Langweile.“

„Da schau her“, entgegnete Weinsteller und stieg rasch aus dem Bett. „Warum habe ich dir eigentlich gefehlt, Karli?“

„Gahahaha“, lachte der Kadett. „Das ist famos, Herr Weinsteller! Jetzt gehen wir aber gleich an die Arbeit, oder wollen Sie ein Weißbrot austrinken?“

„Wir könnten gleich anfangen, wie beide“, erwiderte Weinsteller geheimnisvoll. „Aber es ist besser, wenn wir es in einem Aufwaschen abtun. Sol' die andern Duden!“

„Gib's eine Deck!“ fragte Karl eifrig. „Darauf kannst du Gift nehmen, Karli. Hol' nur die Duden. Ich hätt' es schon gern hinter mir!“

„Bevor sie zwei zählen, Herr Weinsteller, sind sie hier“, jubelte der Oberst. „Ich habe so eine Freude!“

„Du bist auf das Stehlen so veressen, daß man's kaum für möglich hält.“

(Fortsetzung folgt.)

48

Roman von Emil Vachek

## Die Hühnersteige

Deutsch von Anna Auredníček

„Ja, er muß ... er soll ... ich wollte Sie bitten, dieses Leben — aufzugeben. Sie sind ja gar kein Lump. Sie sind ein unglücklicher Mensch. Ich habe Ihnen schon bei Gericht geweiht.“

„Geweiht? Iakke Weinsteller. „Also sind Sie es doch gewesen!“

„Sie müssen es ja gar nicht tun, Herr Weinsteller. Sie sind ja so geschicklich ... Ein jeder singt Ihr Lob. Sie werden sich auch mit ehrlischer Arbeit so wie andere Männer und Frauen durchs Leben bringen!“

„Also damit haben Sie mich erwartet, Fräulein Sophiedchen?“

„Ja, Herr Weinsteller. Ich fürchte, Sie werden mich auslachen.“

„Auslachen! Alles, was Sie mir sagen, haben mir längst schon hundert Richter und Kommissäre gesagt. Aber ich hab' mir nur den Duden voll gelacht.“ Er richtete sich auf und sagte feierlich und innig: „Sie werde ich aber nie auslachen, Fräulein Sophiedchen!“

„Das ist brav von Ihnen. Denken Sie über das nach, was ich Ihnen geraten habe.“

„Ich muß gar nicht nachdenken. Es steht schon fest, daß ich Ihnen bis aufs letzte folgen werde. Ich schwöre Ihnen, ich werde nie wieder fehlen.“

„Sie wissen gar nicht, Herr Weinsteller, wie gut Sie mir jetzt gefallen!“ sagte Sophie voll Ergriffenheit. „Hoffentlich halten Sie es wirklich aus.“

„Es ist ein Glend, Fräulein Sophiedchen, daß es im Mut und in den Händen steht. Rehschmid ist es ein gutes Gewerbe. Wir wollen ja sehen, vielleicht kann man dem bekommen. Was würden Sie übrigens zu — einer Greißlerei sagen? Die ließe sich mit einer braven Frau führen.“

„Das wäre das richtige“, erwiderte Sophie eilig.

„Ja, ja, eine brave Frau, die könnte mich retten, aber wo ist die zu finden? Welche müßte sich eines alten Dudes mit einem Duden erwar-men?“

„Ich glaube, Sie finden mehr als eine“, sagte Sophie ermunternd. „Eine Frau legt besonderen Wert auf das Herz eines Mannes; alles andere spielt keine Rolle.“

„Fräulein Sophiedchen, ich glaube, das große Orchester brauchen im Karl zu hören. Es spielt um fünf Heller allen möglichen Schmarren. Wirft man aber eine Krone ein, spielt es eine festliche Melodie, bei der mir immer die Tränen kommen. Das Herz! Sie haben recht. Was nützt einem zum Beispiel ein gerader stofflicher Rücken, wenn die Seele trumm ist?“

„So ist es, Herr Weinsteller. Spürt die Frau beim Mann das gute Herz, dann kümmert sie sich um nichts anderes.“

„Die Frau hätte bei unszweinem keine schlechten Zeiten“, sagte Weinsteller diplomatisch. „Ich will gar nicht davon reden, daß ich ein guter Kerl bin, auf dem man Holz spalten kann. Das werden Sie ohnehin schon gehört haben. Fräulein Sophiedchen? Eine Greißlerei ist keine schlechte Sache. Die Geschäftsteile sind heute am besten dran.“

Er beriet die Krone aus, als hätte er die Greißlerei bereits und legte sie ihr zu Füßen.

„Gewiß“, sagte Sophie zustimmend, „wer wollte heute nicht in einetnen leben? Man schuftet für die Fremden, und ist man alt geworden, so wird unferneiner wie ein geriffenes Oued weg-gelworfen.“

Rur los, Kerl, sagte sich Weinsteller im stillen, lebt heraus damit, denn der richtige Moment ist gekommen.

„Ich denke schon an eine gewisse Person, sie ist aus unserer Bude.“

Sophie war sichtlich heiter gestimmt und rief: „Sie müssen sich ihr anvertrauen, nur Mut, Herr Weinsteller!“

„Ich möchte ja, Fräulein Sophiedchen, aber ich fürchte mich.“

„Rur keine Angst, fragen Sie sie nur.“

Darauf stürzte Weinsteller engschlich: „Fräulein Sophiedchen ...“

Etwas zerstreut antwortete Sophie: „Was denn?“

Weinsteller schluckte ganz fürchterlich. Abm war, als müße er mit zusammengedruckten Armen und Beinen über große, spitze Felsen klettern. „Fräulein ... Sophiedchen, was ... was würden Sie an ihrer Stelle sagen?“

„Mein Gott, Herr Weinsteller, wenn ich Sie nicht hätte, würde ich natürlich ja sagen“, erwiderte sie mit paradiesischer Unschuld. „Seien Sie mir nicht böse, Herr Weinsteller, aber jetzt muß ich gehen.“

Er blickte ihr mit offenem Munde nach, wie sie im Dunkeln verschwand. „Jetzt weiß ich, woran ich bin“, sagte er dann. „Es war nur ein schöner Traum und man muß geduldig sein und warten, bis er einmal wahr wird. Das man zum Beispiel Luft, keinen Verleger zu begreifen, muß man sich sagen können: Bis hierher und nicht weiter, lieber Herr. Da kein Wunder geschehen ist, muß man mit Kleinarbeit darangehen. Ich bin jetzt wie der General, der vor einer Keftung steht und sich sagt: „Diese Keftung muß mir gehören ...“ und sie wird mir gehören. So wahr ich Kerl Weinsteller heiße. Jetzt aber will ich mich wieder einmal auslachen wie ein ordentlicher Mensch.“

### 35 Prozent nach sieben Jahren

London. Das deutsch-englische Flottenabkommen wurde am Dienstag in London in Form eines Weißbuchs veröffentlicht. Es basiert auf der bekannten Basis von 35 Prozent der englischen Tonnage. Das diesbezügliche deutsche Marinebauprogramm wird auf die Zeit von sieben Jahren verteilt werden.

Bei U-Booten kann Deutschland auf 45 Prozent, nach vorhergehenden „freundchaftlichen Erörterungen“ auch noch darüber hinaus gehen.

### Eden nach Paris

London. Wie amtlich verkundet, wird sich der Minister für Völkerbundangelegenheiten, Anthony Eden, zu Besprechungen mit der französischen Regierung nach Paris begeben. Die Besprechungen, die am Freitag beginnen, werden die Flottenfrage und die allgemeine europäische Lage zum Gegenstand haben.

und mit den Kommunisten und den ungarischen Parteien erwidert, in einer ununterbrochenen Schlangenslinie vor den auf der Präsidentschaftswahl stehenden Ministerpräsidenten und legen in dessen Hand das Geländchen ab. Nur Dr. Kráľ, der mit seinen 75 Jahren älteste Abgeordnete, reißt sich nicht ein, sondern wartet in den Rängen hinter der Tribüne, bis er an die Reihe kommt, und tritt dann, auf einen Stuhl gestützt und leicht geführt, vor Mahypetr.

Nur am Schluss, als Mahypetr fragte, ob alle Anwesenden das Geländchen abgelegt hätten, erinnern die Kommunisten in ein paar schmalen Zwischenrufen an Štifa, Kopecký und Gottwald.

Die mittels Stimmzetteln vorgenommene Wahl des Präsidenten ergibt 233 Stimmen für Práček und nur 58 leere Stimmzettel, woraus hervorgeht, daß die Kleinrentner ebenfalls für Práček gestimmt haben. Sie waren überdies auch bei dem tschechischen Kamendauruf völlig ruhig geblieben, der ihren naziförmigen Vorgängern regelmäßig Anlaß zur Entrüstung geboten hatte.

Práček übernimmt nach der Angekündigung den Vorsitz und hält eine kurze Ansprache, in der er neben dem Dank für die Wahl auch seinem unerschütterlichen Glauben an die demokratische Ausdauer gibt und verspricht, die Rechte des Hauses zu wahren. Das Haus müsse sich von dem Bestreben leiten lassen, die demokratischen Einrichtungen der Republik für ewige Zeiten zu erhalten. Eine Guldigung für Masaryk wird vom ganzen Haus mit Ausnahme der Kommunisten lebhaft angelehrt und mit starkem Beifall quittiert.

Bei der Wahl der Vizepräsidenten wird durch Handaufheben abgestimmt. Die Kleinrentner stimmen diesmal gegen den Koalitionsantrag, der mit 100 gegen 103 Stimmen genehmigt wird. Gewählt erscheinen: Dr. Maršálek (tsch. Soz.-Dem.), Langr (tsch. Nat.-Soz.), Růžek (tsch. Volksp.), Mlýček (tsch. Gewerbsp.), Genosse Taub und für die Opposition Dvůřek (tschechische Volksp.). Sie werden sofort vereidigt.

Nach präsidentialen Mitteilungen (Regierungswechsel und Mandatsverzicht Štífens) wird die nächste Sitzung auf Nachmittags anderamit.

Im Senat vollzog sich die konstituierende Sitzung analog. Die Wahl des Vorsitzenden ergibt 98 Stimmen für Dr. Soukup, den bisherigen Präsidenten; 49 Stimmzettel, darunter die der Kleinrentner, sind leer. Auch Soukups Wahl wird beifällig aufgenommen, ebenso seine Ansprache und vor allem seine Guldigung für Masaryk.

Zu Vizepräsidenten werden gewählt: Douát (tsch. Agrar.), Dr. Kruban (tsch. Volksp.), Křiváček (tsch. Nat.-Soz.), Dr. Vágl (Gewerbsp.), Genosse Dr. Heller und für die Linkspartei Dr. Budač.

Dann werden die Schriftführer und die Ordner bestimmt, unter den Letzteren fungiert auch Genosse Müller. Dr. Soukup erhält den Bericht über die Tätigkeit des Ständigen Ausschusses.

Im Parlament wurden mit 180 gegen 100 Stimmen zu Schriftführern auf deutscher Seite de Witte und Böhm, zu Ordnern mit 174 zu 80 Stimmen Rač und Kunz gewählt.

In den Sitzungen am Nachmittags verlas der Ministerpräsident in beiden Kammern die Regierungserklärung, die mehrfach von Beifall begleitet wird. Die Debatte wird in beiden Häusern am Mittwoch vormittags eröffnet und ab Montag nächster Woche fortgesetzt und beendet werden. Da nur noch das Ermächtigungsgesetz zu erledigen ist, dürften bereits Mitte nächster Woche die Ferien beginnen.

### Die Ausschüsse

Über die Ausschüsse hat der Senat bereits dahin Beschluß gefaßt, daß sie einheitlich je 20 Mitglieder haben sollen. Das Verhältnis zwischen Koalition und Opposition wird dort 11:9 sein. Im Abgeordnetenhause dürften voraussichtlich die größeren Ausschüsse aus 32 und die kleineren aus 20 Mitgliedern bestehen. Die Wahlen in die Ausschüsse sind den Mittwochssitzungen vorbehalten.

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Neuerliche Bedrohung der Braunkohlenreviere

### Verhandlungen über einen neuen Kohlenaustauschvertrag mit Deutschland auf Kosten der Braunkohlenausfuhr — Intervention der Union der Bergarbeiter mit den Revierräten Brůx und Falkenau bei den Regierungsstellen

Verschiedenen Treffmeldungen zufolge werden derzeit Verhandlungen über die Braunkohlenausfuhr nach Deutschland und die Regelung der Steinkohleneinfuhr als Kompensation gepflogen. Das Bestreben dieser Verhandlungen läuft wieder, so wie in den vergangenen Jahren darauf hinaus, daß Deutschland eine Erhöhung der Steinkohlentonnage zur Einfuhr in die Tschechoslowakei, verbunden mit der Abnahme eines Quantums Braunkohlen, anstrebt. Bisher ist in dem bestehenden Kohlenaustauschvertrage das Verhältnis der Steinkohleneinfuhr mit 1:1,6 zur Braunkohlenausfuhr festgelegt, was dem Geldwerte der Steinkohle zur Braunkohle entspricht. Gleich zu Beginn der angebotenen Besprechungen der tschechoslowakischen Regierungsdirektoren mit jenen Deutschlands haben in Vertretung der Union der Bergarbeiter der Obmann Genosse Josef Zinner und Abg. Genosse Taub bei den in Betracht kommenden Regierungsstellen interveniert und auf die Gefahren verwiesen, die in einer neuerlichen Drosselung der Braunkohlenausfuhr liegen. Besonders hart wäre das Karlsbad-Falkenau-Gibogauer Revier, das noch ungefähr 25 Prozent der Belegschaft

Exportkohle beschäftigt, von einer dergleichen Maßnahme betroffen. Im nordwestböhmischen Revier Tepliz-Práx-Komatau finden derzeit noch circa 1800 Bergarbeiter bei der Gewinnung des Ausfuhrquantums ihren Lebensunterhalt.

In Anbetracht des Umstandes, daß eine gemischte Kommission bis zum 1. Juli d. J. die Neuregelung des Kohlenverkehrs festlegen soll, haben am Montag, dem 17. Juni, die Genossen Zinner und Schaffarsch sowie die Genossen Tichý und Demel namens der Union der Bergarbeiter sowie der Revierräte Práx und Falkenau im Arbeitsministerium ein Memorandum überreicht, in dem auf die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse und die katastrophalen Auswirkungen einer Restriktion der Braunkohlenausfuhr für diese Reviere verwiesen wurde. Die Deputation sprach auch im Sozialfürsorge- sowie Gesundheitsministerium vor und informierte eingehend die beiden Minister Genossen Režek und Čech. Beide Minister versicherten, daß sie den Bergarbeitern der bedrohten Reviere helfend zur Seite stehen werden.

### Mit gedämpftem Trommelklang

geleitet die „Bohemia“ die Kleinrentner in das Parlament und die Kleinrentner zu dessen Ehren. Niemlich unvermittelt kommt dieses Blatt — das doch alles dazu beigetragen hat, kräftigste Hoffnungen der „hundertprozentigen“ Sudetendeutschen auf den Wahlsieg Genleins zu nähern — nun durch ihren Leitartikel h. a. zu der Erkenntnis, daß „nicht Wunderglaube, sondern Geduld“ am Platze sei. Der Klug Hans, der gerade in den ersten Wochen nach der

Wahl die Politik vom Standpunkt der „Sudetendeutschen Pressebrüder“ zu beurteilen schien, sah sich am Tage der Parlamentsöffnung veranlaßt, zu

warren, an den heutigen Tag und überhaupt an die Wirksamkeit des Parlaments übertriebene Hoffnungen zu knüpfen. Wer glaubt, daß sich die Lage des Sudetendeutschums mit einem Schlagschlag bessern werde, der glaubt an Wunder. Und Wunder können auch die neuen Volksvertreter nicht wirken, auch wenn man auf sie die größten Hoffnungen setzen wollte. Alles, was sie tun können, wird vorläufig nur darin be-

## Staatsidee, Demokratie und Minderheiten

### Eine Rede Dr. Beneš vor Berliner Auslandsjournalisten

Die in Berlin als Berichterstatter anwesenden Auslandsjournalisten haben dieser Tage einen Ausflug in die Tschechoslowakei unternommen (vielleicht, weil sie ein paar Stunden aus dem Trommelklang der Goebbelspropaganda in ein ruhigeres und ehrlicheres Milieu flüchten wollten). Der Außenminister Dr. Beneš gab den Gästen auf dem Barrandov ein Essen, dem auch inländische Politiker und Pressevertreter zugezogen wurden.

In einer deutschen Rede sprach Dr. Beneš nach einleitenden Worten über die Geschichte der böhmischen Länder und über Prag auch über wichtige politische Fragen. Er sagte u. a.:

„Es interessiert Sie gewiß unsere Nationalitätenfrage. Sie ist eine der wichtigsten Probleme dieses Staates, sie ist fast unser klassisches Problem. Die größte Minderheit in unserem Staate ist die deutsche, sie umfaßt 34 Millionen Menschen, d. i. 23 Prozent der ganzen Bevölkerung, die beinahe 15 Millionen beträgt. Diese deutsche Minderheit ist nicht nur zahlenmäßig stark, sondern verdient auch durch ihr hohes kulturelles Niveau und ihre wirtschaftliche Potenz volle Achtung und ist für unseren Staat von Bedeutung. Sie lebt in unserem ganzen Staat zerstreut. Slawen und Deutsche leben hier seit vielen Jahrhunderten nebeneinander, zeitweise in friedlichen Beziehungen. Die historische Schicksalsgemeinschaft, die in diesem Falle keine leere Phrase ist, hat einen Zustand geschaffen, der nicht ausschließlich ein Neben-Einanderleben bedeutet, sondern ein Zusammen- und In-Einanderleben, das sich in der wirtschaftlichen Verbundenheit, aber auch in gegenseitiger kultureller Anregung und auch in blutmäßiger Vermischung äußert.“

Wie sind davon überzeugt, daß die Demokratie der Sudeten ist, auf dem allein das gesunde und gesunde nationale Zusammenleben erreicht werden kann. Die Wiederherstellung unserer Staatsidee verdanken wir dem Sieg der demokratischen Idee.“

Dr. Beneš betonte des Weiteren die alte demokratische Tradition der Tschechen und die symbolische Rolle, die Masaryk als Humanist und sozialer Demokrat spielt. Er ging dann auf den Konflikt zwischen Demokratie und autoritären Staatsgedanken über und erklärte:

„Der tschechoslowakische Staat, der seine Wiederaufhebung in neuer Gestalt dem Siege der demokratischen Idee verdankt, kann nicht anders, als an der demokratischen Richtung festhalten, sie verteidigen, sie ausbauen. Ich versichere Ihnen, daß es mir fern liegt, wenn ich dies ausspreche, mit den autoritären Systemen anderer Staaten zu polemisieren, sie zu kritisieren oder mich nur in ihre inneren Verhältnisse einzumischen. Jeder Staat möge sich die Verfassung geben, die er für richtig hält und die seinen Bewohnern und Verhältnissen angepaßt ist. Wir wollen dieses Prinzip achten, wie wir verlangen, daß es von den anderen geachtet wird.“

Dem traditionellen und tief eingewurzeltten Geist des Volkes, das unseren Staat geschaffen hat, entspricht die Demokratie. Sie entspricht aber auch am besten seiner nationalen Zusammensetzung, das heißt, sie dient ohne Zweifel auch am besten den Minderheiten.“

Bei einem autoritären Regime in der Tschechoslowakei würde die Autorität von der Mehrzahl der Bevölkerung, die Demokratie und die gleichberechtigte Vertretung im Parlament bieten dagegen den Minderheiten die Möglichkeit, für ihre Rechte, Forderungen und Interessen nach dem Grad ihrer Stärke und ihrer politischen Fähigkeiten einzutreten. Unsere Demokratie hat ihre Schwierigkeiten, besonders jetzt, wie alle anderen Regime. Aber für uns ist sie das Beste und das einzige Regime.“

Die maßgebenden Faktoren des Staates bleiben dem Gedanken der engen Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit treu.

Sie haben darin keinen Augenblick geschwankt und so gehören die beiden deutschen Minister, die dem früheren Kabinett Mahypetr angehört haben, auch dem neuen Kabinett Mahypetr an und dürfen als Gewähr dafür gelten, daß wir entschlossen sind, die Stabilität unserer Staatspolitik aufrecht zu erhalten.“

Endlich machte der Minister die Gäste auf die zahlreichen Vorteile der Stabilität und der Kontinuität des politischen Lebens aufmerksam, denen sie in der Republik begegnen würden. Abschließend betonte Dr. Beneš die Friedensliebe der Republik und kam in diesem Zusammenhang auf die Nachbarn, auf den Völkerverbund und seine jüngst stattgefundenen Rußlandreise zu sprechen.

sehen, daß sie mit Ausbietung aller Kräfte weitere Schmälerungen der deutschen Lebensrechte verhindern und die tschechischen Geister für eine gerechtere Beurteilung der Lage des Sudetendeutschums bereiter machen. Dazu bedarf es auf Seiten der deutschen Volksvertreter einer ungeheuren Ausdauer in mühseliger Kleinarbeit, auf Seiten der deutschen Bevölkerung einer Entschlossenheit, das große Maß von Geduld, das auch durch anfängliche Mißerfolge nicht erschöpft werden darf.“

Da darf man wohl zitieren: vor Tische las man's anders... Ja, es geht halt nicht über ein „führendes“ Blatt, das die Leser hin und her führt, bald den Mund voll nimmt, bald keinlaut wird und immer Monate dazu braucht, um die Verhältnisse einigermaßen richtig zu erkennen...“

### Klassenpartei, nicht Volksgemeinschaft!

Bei der Konstituierung der Kammer hat sich etwas sehr Bezeichnendes zugetragen. Im Abgeordnetenhause stimmten die Kleinrentner geschlossen für den tschechisch-agrarischen Präsidenten Práček. Im Senat aber stimmten sie gegen den sozialdemokratischen Präsidenten Soukup. Das enthält nicht nur die Absichten der SPD, sich den Agrariern weiter anzubiedern und sich als Reserve für einen neuen Bürgerblock zu empfehlen, es zeigt auch, daß die SPD sich eben weltanschaulich als reine Klassenpartei des Bürgertums fühlt. Nicht um die Loyalität gegenüber dem Staat und den Tschechen zu betonen — denn dann hätte sie auch für Soukup stimmen müssen — sondern um ihren bürgerlichen, antimarkistischen Charakter zu erheben, stimmte sie für Práček, aber gegen den Arbeitervertreter Soukup!

### Die braven Schüler

Für viele Wähler der Kleinrentnerpartei werden die Meldungen über die Gründung des neuen Parlaments eine arge Enttäuschung sein. Was hat man sich nicht alles versprochen! Da ziehen 44 Namen ins Abgeordnetenhause ein, die doch den Wählern versprochen haben, sie würden es „den Tschechen schon zeigen“, nunmehr sei es zu Ende mit den Lokalitätsdeklarationen. Von Rosch bis zu Práček prophezeiten sie, gerade noch bis zur Wahl wollten sie brav sein, dann aber...“

Nun zeigt sich, daß sie dann aber auch brav bleiben. Nach wie ist eine große Partei so lang- und langlos in das Haus eingezogen. Nichts ist passiert. Die Tschechen haben nicht Reizhaus genommen, man hat den Herren nicht die Ministerstühle eingeräumt, von denen sie in den Wählerversammlungen sprachen (sie würden, erzählten sie damals doch, als stärkste Partei den Ministerpräsidenten stellen!).

So erfreulich es im Interesse ruhiger parlamentarischer Arbeit ist, daß die Opposition sich anständig benimmt, so merkwürdig nimmt sich die Praxheit der 44 Namen im Vergleich zu ihren Reden und Versprechungen an...“

Trauen freilich werden sie es auch weiter anders halten. Da werden sie das große Wort führen und auf den Tisch hauen. Trauen geht auch die Flüßerpropaganda weiter und erzählt, daß Genleins jetzt in Genf alles richtig, damit der Volksentscheid bald seine Wirkungen zeitige...“

### Opfer des eigenen nationalen Rausches

Ein tragischer Vorfall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich in der Nacht zum Montag in Silberbach bei Graslitz. Dort war am Sonntag ein deutsches Sängerfest. Die Gemüter dürften etwas bewegter als sonst gewesen sein. Der 1904 geborene Sohn Franz des Vreitagabendbesizers Püderl in Silberbach trat, als er nach Rittersnath vom Gasthause wegging, im Ortsteile Hof in der Nähe des Transformator auf den F. O. Ohne jeden Anlaß soll Püderl den O. bei der Brust gepackt und von ihm verlangt haben, daß er „Heil Hitler“ rufe. O. weigerte sich, worauf ihn Püderl bei der Kehle faßte und droffelte. O. wollte nach Hilfe rufen, doch machte ihm dies der Zugriff seines stärkeren Gegners unmöglich. In der Notwehr griff daher O. zum Messer und brachte dem Püderl zwei Stiche bei, damit er von ihm ablasse. Die Verletzung erwies sich als so schwer, daß Püderl in das Krankenhaus in Graslitz eingeliefert werden mußte, wo er noch Montag nachmittags um halb 2 Uhr seinen Verletzungen erlegen ist. O., der bisher unbescholten ist, wurde vorläufig bis zur völligen Klarstellung des Sachverhaltes in Haft genommen.

### Die Konstituierung unserer Klubs

hatte folgendes Ergebnis: Gemeinsamer Klub: Vorsitzender Dr. Čech. Stellvertreter Haltenberg, Raffner Schäfer. — Abgeordnetentklub: Vorsitzender de Witte, Stellvertreter und Geschäftsführer Taub. — Senatorenklub: Vorsitzender Gadenberg, Stellvertreter Dr. Heller.

### An die Delegierten zum Parteitag und zur Frauenreichskonferenz

Es wird den Delegierten zur Kenntnis gebracht, daß die Frauen-Reichskonferenz am Donnerstag, dem 20. Juni, um 9 Uhr vormittags im kleinen Dops-Saal in Brünn, Lažanskýplatz 3, stattfindet.

Die Verhandlungen des Parteitages beginnen am Donnerstag, dem 20. Juni, um 19 Uhr (7 Uhr nachmittags). Die Delegierten werden gebeten, sich so zeitgerecht einzufinden, damit unbedingt 7 Uhr mit den Verhandlungen des Parteitages begonnen werden kann.

Jeder Delegierte zur Frauen-Reichskonferenz und zum Parteitag muß sich mit einem Mandat der delegierenden Organisationen und mit seinem Parteimitgliedsbuche ausweisen.

Die Anweisungen für die Hotels und Privatquartiere werden Donnerstag am Brünner Bahnhof, Wartesaal 1. Klasse, ausgegeben.

### An alle Parteioorganisationen

Den Organisationen wird zur Kenntnis gebracht, daß alle für das Reichsparteisekretariat bestimmten Zuschriften vom Mittwoch, dem 19. Juni, ab an die Adresse des Genossen Siegfried Taub, Brünn, Dops-Saal, Lažanskýplatz 3, zu richten sind. Ab Sonntag, den 23. Juni, können dann alle Zuschriften wieder unter der Adresse des Prager Sekretariats abgehen.

### Tschechische Genossenschaftstagung

Genosse Lustig über das Getreidemonopol

Sonntag, den 18. Juni, fand in Prag eine Sitzung des tschechischen Genossenschaftsrates statt, auf dem ein Ueberblick über die Tätigkeit der Genossenschaften im Jahre 1934 gegeben und zu verschiedenen wichtigen Konsumtionsfragen Stellung genommen wurde. Es wurde festgestellt, daß die Genossenschaften die schwerste Phase der Wirtschaftskrise überstanden haben und daß bereits in einer Reihe von Genossenschaften nicht nur ein Aufstieg der Mitgliedschaft, sondern auch eine Erhöhung des Umsatzes eingetreten und daß es der Genossenschaftsbewegung gelungen ist, die Angriffe der Gegner zurückzuschlagen.

Das Hauptreferat hielt Genosse Lustig, der sich auch mit dem Getreidemonopol befaßte. Er trat mit Entschiedenheit dagegen auf, daß der Mehl, der eines der wichtigsten Nahrungsmittel geworden ist und dessen Konsum von Jahr zu Jahr steigt, in das Getreidemonopol eingegliedert werde. Ebenso wies er das Verlangen zurück, daß Mehl und Mischprodukte, die im Inland erzeugt sind, in das Getreidemonopol aufgenommen werden. Der Zweck des Getreidemonopols ist die Stabilisierung der Preise für die Landwirte nicht aber die Erhöhung der Preise für die Konsumenten. Auf diesem Grundsatze muß man bestehen. Die Reglementierung des Mehls und der Mischprodukte würde eine Verteuerung des Mehls von etwa zehn Prozent und naturgemäß auch eine Verteuerung des Brotes herbeiführen. Was das Viehmonopol betrifft, so liegt es im Interesse der Konsumenten, daß die Zölle auf die Einfuhr von Vieh aus befreundeten Staaten herabgesetzt werden. Das ist auch im Staatsinteresse gelegen, denn nur durch eine Erhöhung der Einfuhr können wir auch zu einer Erhöhung der Ausfuhr und damit zur Erhöhung der Lebenshaltung der Bevölkerung gelangen.

Dann folgten noch verschiedene andere Referate, aus denen wir nur die Angaben hervorheben, die über die Entwicklung der Konsumvereine gemacht wurden. Im Verband sind 233 Genossenschaften mit 2430 Verkaufsstellen vertreten. Gegen das Vorjahr sind 98 Verkaufsstellen und 7771 Mitglieder zugenommen. Der Umsatz, der mächtig gestiegen ist, beläuft sich auf rund 895,5 Millionen. Bemerkenswert war auch der Hinweis in dem Referat des Genossen Statula über neue Wege der Genossenschaftserziehung nach schwedischem Beispiel und die Schulvorrede des Genossen Lustig, worin dieser die Schöpfung neuer Kräfte für die Genossenschaften verlangte.

### Roosevelt schafft Arbeit

Washington. (Neuer.) Präsident Roosevelt legte dem Administrator der NRA sein großes Programm öffentlicher Arbeiten vor, demzufolge für 3 1/2 Millionen Arbeitslose in Nordamerika Beschäftigung beschafft werden soll. Der Präsident hat die Administratoren in das Weiße Haus geladen, wo er in seiner Ansprache die Hoffnung ausdrückte, daß er in diesem Jahre zu einer Abfertigung eines großen Teiles der arbeitslosen Amerikaner in das Programm der NRA kommen werde, wobei vier Milliarden Dollar zur Disposition ständen, d. h. etwa 1100 bis 1200 Dollar pro Person einschließlich des notwendigen Materials und der Löhne.

## Die Katastrophe von Reinsdorf ein Sabotage-Akt unzufriedener SA-Männer?

### Die Zahl der Reinsdorfer Opfer ist viel höher!

Wittenberg. Allgemein wird berichtet, daß die Zahl der Todesopfer der grauenvollen Katastrophe von Reinsdorf viel höher ist als amtlich angegeben wird. Dieselbe Präzision wurde schon bei früheren deutschen Unglücksfällen, besonders während des Krieges, angewandt. Augenzeugen teilen mit, daß der Transport der Opfer nicht weniger als sieben Stunden gedauert habe. Schon aus dieser Angabe geht die hohe Zahl der Toten hervor.

Der Wiener „Morgen“ berichtet, daß in Reinsdorf sehr viele alte SA-Männer beschäftigt gewesen seien, die man einfach habe unterbringen wollen. Diese seien jedoch mit ihrem neuen Arbeitsschicksal wenig zufrieden gewesen, das zudem für Ungelernte nicht ungefährlich sei. Denn ihr Dienst in der SA sei einfacher gewesen. Ihnen habe der ganze Fabrikbetrieb nicht gepast, und oft habe man sie murren hören. Die Eingliederung ungelerner Arbeiter werde immer und immer wieder als „Gründungsangriff“ genannt. Das Blatt hebt auch hervor, daß die Flüchtenden, die man antraf,

kein Wort sprechen wollten. Ihr Mund scheine wie versiegelt. — Die „Wiener Sonn- und Montagzeitung“ geht jedoch über diese Andeutungen weit hinaus und berichtet, Fachleute haben ihr versichert, es sei ausgeschlossen, daß bei der Explosion alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Die Fabrik sei so angelegt, daß ein Uebergreifen eines Brandes von einem Objekt zum anderen ausgeschlossen erscheine. Es müsse daher eine Explosion in verschiedenen Objekten vorbereitet gewesen sein. Darauf deute auch die rasche Aufeinanderfolge der Explosionen. Die Vorschriften seien derart streng, daß eine Selbstzündung, etwa durch Reibung oder Herabfallen eines Eisenstückes in die Nitrierungsmaschinen, ausgeschlossen werden könne. Man könne daher nur an einen Sabotageakt glauben, bei dem sich allerdings der Täter selbst aufgeopfert haben müsse. Das Blatt will im übrigen wissen, daß 150.000 Menschen in Deutschland an der Erzeugung von Spezialpulver, das eine besondere Explosionskraft habe, vollkommen rauhlos sei und ungeborene Sprengwirkungen auslösen könne, beschäftigt seien.

## Tagesneuigkeiten

### Wegen Mords im Jahre 1881 jetzt in Winterberg verhaftet...

In Winterberg wurde dieser Tage der in Pension befindliche 75-jährige Oeger Alois Schneider unter dem Verdachte verhaftet, einer der Mibeteiligten zu sein, welche am 20. Oktober 1881 den Franz Schneider, Schwarzenbergischen Oeger in Stadthaiden, am Spätnachmittag auf der Pimmerwiese beim Schweißberg ermordet haben.

Angeklagt hat ein, jetzt in Amerika verstorbenen Bruder des Ermordeten vor seinem Tode ein Geständnis abgelegt, durch welches der eigentliche Sachverhalt bekannt wurde.

Der Verhaftete ist ein sehr religiös veranlagter Mensch, welcher seit etwa zwei Jahren in Winterberg in Pension lebt.

Man kann jedenfalls auf die Aufklärung dieses Falles gespannt sein.

### Rühne Frauen

Moskau. Die Fallschirm-Springerinnen Inokowina, Bargaeva, Nikolajewa, Malinowskaja, Babuschkina und Wochina sprangen in einer Gruppe aus 7035 Metern, ohne Sauerstoffapparate ab und stellten dabei einen neuen Weltrekord für Frauen auf.

### Beulenpest

Shanghai. Einer Meldung des „Shun Bao“ zufolge ist in Schanghai und anderen Orten an der Küste der Provinz Fujien Beulenpest ausgebrochen. Man hat bisher hundert Tote gezählt. Die Provinzialregierung trifft weitgehende Vorbeugungsmaßnahmen und hat bisher 7000 Impfungen veranlaßt.

### Trogli in Norwegen

Oslo. Leo Trogli ist in der norwegischen Hauptstadt angekommen. Er hatte Frankreich bereits vor mehreren Monaten verlassen und verbrachte die letzten zwei Monate auf Korsika. Wie von zuständiger norwegischer Seite mitgeteilt wird, hat Trogli auf sein Ersuchen die Erlaubnis bekommen, sich mit seiner Frau sechs Monate in Norwegen aufzuhalten. Diese Aufenthaltserlaubnis ist an die Bedingung geknüpft, daß beide sich jeder politischen Betätigung enthalten und an einem Orte Aufenthalt nehmen, der ihnen von zuständiger Stelle als geeignet bezeichnet wird. Trogli soll die Absicht haben, in einem Tuberkulose-Sanatorium Aufenthalt zu nehmen.

Sofort nach seiner Ankunft in Oslo begab sich Trogli nach Loeneoß.

Trogli hatte bekanntlich schon vor einigen Jahren um die Erlaubnis zum Aufenthalt in Norwegen angefleht, doch hat die norwegische Regierung diesen Gesuch damals abgelehnt. Erst die neue Arbeiterregierung in Norwegen hat Trogli die Aufenthaltserlaubnis erteilt.

### Rain

Uhorod. In der Nähe von Kalošina im Bezirk Mukaczewo erschlug der gelstgestörte Alexander Talar mit einer Gabel seinen jüngeren Bruder Michal, mit dem er aus Eifersucht in Streit geraten war. Taar wurde in den Feldern in der Umgebung von Mukaczewo verhaftet. Taar hat schon einmal einen Landwirt in Kalošina erschossen, wurde jedoch wegen Geisteskrankheit freigesprochen.

### Telephonpatrouille vom Starkstrom erfaßt

Brünn. Dienstag vormittags ereignete sich bei Übungen des Telegraphenbataillons Nr. 2 unweit von Kusteritz ein Unfall. Beim Legen von Telephonleitungen wurden zwei Soldaten vom Starkstrom getötet, während zwei weitere Soldaten Verbrennungen erlitten. Getötet wurden die Soldaten Antonin K a h a n und Leopold K e m e c. Brandwunden erlitten die Soldaten Jan Karel und Adolf Nischel. Die Verletzten wurden sofort ins Divisionshospital in Brünn überführt.

Bei Goebbels hört die Sterilisierung auf. Die Berliner Gesellschaft für Chirurgie hat, wie die Zeitungen melden, einen Vortragsabend über die Erblichkeit chirurgischer Krankheiten und das Sterilisierungsgebot abgehalten. In der Debatte, die sich an den Vortrag angeschlossen, nahm auch Professor Sauerbruch das Wort, der u. a. sagte, daß man bei einzelnen chirurgischen Erbkrankheiten, wie z. B. dem Klumpfuß, zurückhaltend sein werde, mit Rücksicht darauf, wie der Vortragende gesagt habe, daß sie den Träger von gesellschaftlicher Vollwertigkeit nicht ausschließen. Wie kommt man gerade bei Trägern von Klumpfüßen auf diese zarte Rücksichtnahme? Nun doch nur deshalb, weil der Herr Goebbels das Unglück hat, von dieser Erbkrankheit befallen zu sein. Behe dem Chirurgen, der da nach der geltenden Linie des Dritten Reiches, bei Erbkrankheiten mit der Sterilisierung vorzugehen, handeln wollte. Bei Goebbels hört die Erbkrankheit auf ein Volksübel zu sein, da schließlich die gesellschaftliche Vollwertigkeit selbstverständlich nicht aus. Genau so wie bei Göring der erbliche Irresinn kein Gebrechen darstellt und der Sterilisierungsparagrah nicht in Anwendung gebracht werden muß. Wahnsinnige und Klumpfüßler werden erst dann eine Gefahr für das Dritte Reich, wenn sie arme Teufel sind. Wenn sie aber Staatsminister sind, dann werden die Erbkrankheiten zu einer Eigenschaft, die dem Träger statt der Sterilisation, Geld, Würden und Orden einbringen.

Der Beshowitzer Frauenmord ist bisher nicht aufgeklärt. Die Polizei hat einige verdächtige Männer, auf welche die von Hausintwohnern gegebene Personenbeschreibung paßt, einvernommen, doch hat sich der Verdacht in keinem Fall als stichhaltig erwiesen. Bei einer neuen Durchsuchung der Wohnung wurden in einem Verließ 410 Kilo gefunden, welche die Ermordete dort aus Angst vor Dieben aufbewahrt hat. Damit ist allerdings nicht sichergestellt, ob der Mörder nicht doch Geld oder Schmuckstücke erbeutet hat. Da Frau Volk sehr zurückgezogen lebte und die Nachbarn wenig über sie ausfragen können, ist der Gang der Untersuchung sehr erschwert. Auch die Einvernahme des geschiedenen Gatten der Toten, der in der Nähe von Pilsen lebt, erbrachte keine Anhaltspunkte.

Tragödie in den Alpen. Nächst Bad Aussee hat sich Montag eine Touristen-Tragödie abgespielt, der zwei Wienerinnen zum Opfer gefallen sind. Die 39-jährige Fleischhauergattin Johanna Daubert aus Wien XI, und die 40-jährige Franziska Rasch aus demselben Wiener Gemeindebezirk unternahmen gemeinsam mit der Tochter und einer Schwägerin der Frau Daubert einen Ausflug ins „Tote Gebirge“. Dabei rutschte Frau Daubert, als sie den Bahngangsteig überquerte, aus und riß ihre Tochter und ihre Schwägerin sowie Frau Rasch mit sich. Frau Daubert und Frau Rasch ertranken, während ihre beiden Begleiterinnen gerettet werden konnten.

Graufiger Fall von Selbstmord. Der „Expres“ berichtet folgenden grauenigen Fall von Selbstmord. Vor einiger Zeit hatte das Auto eines Warschauer Kaufmanns bei Poczajew einen zehn-

jährigen Knaben überfahren. Die Eltern schickten eine Entschädigung von 16.000 Zloty durch. Eine Bauernfamilie aus dem gleichen Ort beschloß darauf, auf dieselbe Weise zu Geld zu kommen! Ein Knabe warf sich dieser Tage vor ein Auto, erlitt aber nur leichte Verletzungen und gestand, von seinem Vater dazu angestiftet worden zu sein! Der Vater erklärte, er habe auf diese Weise Geld zum Ankauf von Ackerland erwerben wollen. Der Unmensch wurde verhaftet.

Krauf gegen Warschau. Der „Polnische Merkur“ regt die Verlegung der Landeshauptstadt von Warschau nach Krauf an, und begründet dies damit, daß Polen stets dann groß gewesen sei, wenn Krauf Landeshauptstadt war, und Polens Niedergang begonnen habe, wenn Warschau Hauptstadt wurde. Das Blatt läßt an Warschau überhört sein gutes Haar. Es sei die Stadt der leidliebigen Frauen und liebe das leichte Brot. Die Warschauer seien großmütig, arbeitslos und unfruchtbar in ihren Anstrengungen und hätten die eigenartige Gabe, durch das Leben zu gleiten. In Warschau gäben die Nachtsofale den Ton an, im stillen Krauf aber träume der Bawel, der Königsplatz. Dorthin sei die Residenz zu verlegen. Warschau sei das polnische New York, Krauf dagegen das stille Washington.

Die Unruhen in Belfast. Die nordirische Regierung hat — einer Meldung aus Belfast zufolge — sämtliche öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen in Belfast verboten. Dieses Verbot wird auf die blutigen Zusammenstöße zurückgeführt, die sich in der letzten Zeit zwischen polnischen Gegnern ereignet haben. Bei einem Straßengefecht, in dem mehrere Schiffe geworfen worden waren, ist eine Person schwer verletzt worden. Polizei mit aufgepflanztem Bajonett zerstreute die Menge. Panzerwagen patrouillieren durch die Straßen.

Kampf um den Fremdenverkehr. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat, wie die „Wiener Zeitung“ in ihrem amtlichen Teil bekanntgibt, die österreichische Bundesregierung ein Gesetz über den Reiseverkehr in das Ausland erlassen, in dem es u. a. heißt: „Hat ein Staat Bestimmungen getroffen, die den Reiseverkehr seiner Bürger nach Österreich erschweren, so kann der Bundeskanzler im Einvernehmen mit den Bundesministern durch Verordnung Bestimmungen treffen, die den Reiseverkehr der österreichischen Bürger nach jenem Staate denselben Erschwernissen unterwirft.“

Das französische Kriesschiff „Albatros“ ist im Hafen von Swinemünde eingetroffen. Es ist dies der erste Fall seit dem Kriege, daß ein französisches Kriesschiff einen deutschen Hafen besucht.

Starrer Johann Hod, der während der Revolution im Jahre 1918 Präsident des revolutionären Nationalrates war, ist im Gefängnis erkrankt und wurde begnadigt. Er hat das Gefängnis verlassen. Farrer Hod, der über 70 Jahre alt ist, war nach Niederschlagung der Revolution aus Ungarn geflüchtet, hatte sich jedoch später den ungarischen Gerichten gestellt und war zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Ein schwerer Goldklumpen. In der Vernezhallener Goldmine in Alban (USSR) wurde ein Goldklumpen im Gewicht von 4 Kilogramm 171 Gramm gefunden.

Eine ungewöhnliche Dikewelle wird aus Bulgarien, insbesondere aus dem östlichen Teil der nordbulgarischen Tiefebene gemeldet. In Säumen wurden 36 Grad Celsius im Schatten gemessen. Aus anderen Orten werden Temperaturen von 30 bis 34 Grad Celsius gemeldet. Der Wälderverkehr an der Schwarzsee Küste ist sehr lebhaft.

Eine arbeitsame Erprecherhande eröffnete auf Kuban erneut ihre Tätigkeit. In den letzten Tagen erhielten drei sehr reiche kubanische Bürger Erprecherbriefe, in denen von ihnen unter verschiedenen Drohungen insgesamt mehr als 100.000 Dollar verlangt werden.

Ein neues sozialistisches Wochenblatt in Madrid. Am 15. Juni erschien zum ersten Male in Madrid ein sozialistisches Wochenblatt unter dem Titel „Democracia“. Leiter ist der Abgeordnete Andres Sabarrit, der zusammen mit dem ehemaligen Cortes-Präsidenten Paquito und Fernando de los Rios, den rechten Flügel der spanischen Partei und Gewerkschaften bildet.

Wahrscheinliches Wetter Mittwoch. Im Westen der Republik unabhängig, schwache Regen. Später allmähliche Besserung und Erwärmung. Im Nordostengebiet im ganzen schön, mäßig warm, bis auf einzelne Gewitter trocken. — Wetterausichten für Donnerstag: Fortdauer des etwas unabhängigen Wetters bei Südwest- bis Westwind.

### Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Donnerstag

Brag. Sender 2: 7.00 Uebertragung aus Karlsbad. 8.00 Konzert des Ondricekquartetts, 13.45 Leichtes Musik. 18.00 Deutsche Sendung: Unsere Heimat, Dichtung und Volkstüm aus südböhmischer Landschaft. 22.35 Deutsche Presse. Sender 3: 14.30 Deutsche Sendung: Was dem, der liegt. Curiositäten durch Grillparzer's Lustspiel. — Brünn. 10.30: Klavierkompositionen. 17.30 Violinkompositionen. 19.15 Beliebte Polpourris. — Währisch-Kraun. 18.00 Deutsche Sendung: Weinhof spielt Gitarre. — Kalschau. 22.45: Leichtes Musik.



